

(9) Siehe dazu das Rundschreiben vom 21. Oktober 2002 über den Antrag auf Aufenthalt oder Niederlassung im Königreich, der aufgrund von Artikel 40 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern von Familienmitgliedern eines Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraums oder eines Belgiers, die die erforderlichen Dokumente für die Einreise ins Staatsgebiet nicht besitzen, eingereicht wird (*Belgisches Staatsblatt* vom 29. Oktober 2002, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 5. Juni 2003)

(10) Diese allgemeine Vorschrift wird in Kapitel VI Nr. 2 des Rundschreibens vom 14. Juli 1998 über die Aufenthaltsbedingungen für EG-Ausländer und ihre Familienmitglieder und über die Aufenthaltsbedingungen für ausländische Familienmitglieder der belgischen Staatsangehörigen erläutert.

(11) *Belgisches Staatsblatt* vom 21. August 1998 (deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 31. August 1999). Siehe ebenfalls das Rundschreiben vom 21. Oktober 2002 über den Antrag auf Aufenthalt oder Niederlassung im Königreich, der aufgrund von Artikel 40 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern von Familienmitgliedern eines Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraums oder eines Belgiers, die die erforderlichen Dokumente für die Einreise ins Staatsgebiet nicht besitzen, eingereicht wird (*Belgisches Staatsblatt* vom 29. Oktober 2002, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 5. Juni 2003)

(12) *Belgisches Staatsblatt* vom 29. Oktober 2002 (deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 5. Juni 2003)

(13) *Belgisches Staatsblatt* vom 4. Februar 2000 (deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 27. Mai 2000)

Solche Assoziierungsabkommen sind mit Polen, Ungarn, der Slowakei, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien geschlossen worden. Das Abkommen ist für den letztgenannten Staat jedoch noch nicht anwendbar.

(14) Die Assoziierungsabkommen mit den so genannten «MOE-Staaten» finden keine Anwendung:

— auf Dienstleistungen im Rahmen des Flugverkehrs und der Binnen- und Küstenschifffahrt,

— auf Bereiche und Sektoren, die durch die verschiedenen Assoziierungsabkommen in Anlage I zum «MOE-Rundschreiben» vom 22. Dezember 1999 ausgeschlossen sind,

— auf Tätigkeiten, die die Ausübung der öffentlichen Gewalt betreffen, selbst wenn sie nur gelegentlich ausgeübt werden.

Außerdem ist das Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Slowenien noch nicht in Kraft.

(15) Drei Arten von Unterlagen sind erforderlich:

— der Nachweis einer Einschreibung bei einer von den öffentlichen Behörden organisierten, anerkannten oder subventionierten Lehranstalt zum Erwerb einer beruflichen Bildung als Hauptzweck,

— eine Erklärung oder andere, zumindest gleichwertige Mittel, durch die der Student bestätigt, über genügende Existenzmittel zu verfügen, so dass er nicht zu Lasten der öffentlichen Behörden fällt,

— der Nachweis, dass er über einen Krankenversicherungsschutz verfügt, der die Risiken in Belgien abdeckt.

(16) *Belgisches Staatsblatt* vom 9. August 2002 (deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 30. Juli 2003)

(17) Unabhängig von der Dauer dieses illegalen Aufenthalts

(18) Diesbezüglich wird auf das Rundschreiben vom 8. Juli 1999 über das Muster des Berichts über das Zusammenwohnen oder die gemeinsame Niederlassung, der im Rahmen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern und das Rundschreibens vom 30. September 1997 über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Zusammenwohnen im Rahmen einer dauerhaften Beziehung erstellt wird, verwiesen.

(19) *Belgisches Staatsblatt* vom 4. Februar 2000 (deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 27. Mai 2000)

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2004/00490]

**30 APRIL 2004. — Omzendbrief betreffende de samenwerking tussen de Dienst Vreemdelingenzaken en de gemeentebesturen met betrekking tot het verblijf van niet-begeleide minderjarige vreemdelingen. — Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de omzendbrief van de Minister van Binnenlandse Zaken van 30 april 2004 betreffende de samenwerking tussen de Dienst Vreemdelingenzaken en de gemeentebesturen met betrekking tot het verblijf van niet-begeleide minderjarige vreemdelingen (*Belgisch Staatsblad* van 7 mei 2004), opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling bij het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmédy.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2004/00490]

**30 AVRIL 2004. — Circulaire relative à la coopération entre l'Office des Etrangers et les administrations communales concernant le séjour des mineurs étrangers non accompagnés. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la circulaire du Ministre de l'Intérieur du 30 avril 2004 relative à la coopération entre l'Office des Etrangers et les administrations communales concernant le séjour des mineurs étrangers non accompagnés (*Moniteur belge* du 7 mai 2004), établie par le Service central de traduction allemande auprès du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmédy.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2004/00490]

**30. APRIL 2004 — Rundschreiben über die Zusammenarbeit zwischen dem Ausländeramt und den Gemeindeverwaltungen in Bezug auf den Aufenthalt von unbegleiteten minderjährigen Ausländern — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Rundschreibens des Ministers des Innern vom 30. April 2004 über die Zusammenarbeit zwischen dem Ausländeramt und den Gemeindeverwaltungen in Bezug auf den Aufenthalt von unbegleiteten minderjährigen Ausländern, erstellt von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen beim Beigeordneten Bezirkskommissariat in Malmédy.

**30. APRIL 2004 — Rundschreiben über die Zusammenarbeit zwischen dem Ausländeramt und den Gemeindeverwaltungen in Bezug auf den Aufenthalt von unbegleiteten minderjährigen Ausländern**

An die Frauen und Herren Bürgermeister

Vorliegendes Rundschreiben bezweckt, die Auswirkungen des In-Kraft-Tretens von Artikel 6 § 1 von Titel XIII Kapitel 6 - «Vormundschaft über unbegleitete minderjährige Ausländer» - des Programmgesetzes vom 24. Dezember 2002 auf bestimmte Aufträge der Gemeindeverwaltungen zu verdeutlichen.

**I. Begriffsbestimmung**

Unter unbegleitetem minderjährigem Ausländer (UMA) ist jede Person zu verstehen, die:

- jünger aussieht als achtzehn Jahre oder erklärt, jünger als achtzehn Jahre zu sein
- und sich in einer der folgenden Situationen befindet:
  - nicht von einer Person begleitet wird, die auf der Grundlage des nationalen Gesetzes des Minderjährigen die elterliche Gewalt oder die Vormundschaft über sie ausübt,
  - Staatsangehörige eines Staates ist, der nicht Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist, und
  - die Anerkennung als Flüchtling beantragt hat oder die Bedingungen in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet und den Aufenthalt, die in den Gesetzen über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern bestimmt sind, nicht erfüllt.

**II. Anwendungsbereich**

Ziel dieses Rundschreibens ist es, dafür zu sorgen, dass der Vormundschaftsdienst und das Ausländeramt von der Anwesenheit eines UMA in Kenntnis gesetzt werden. Einerseits muss dem Vormundschaftsdienst ermöglicht werden, die Obhut über diesen UMA zu übernehmen, und andererseits muss dem Ausländeramt ermöglicht werden, seine Befugnisse im Bereich Asyl, Einreise ins Staatsgebiet, Aufenthalt und Entfernung von Ausländern auszuüben, und das unter Berücksichtigung der Befugnisse jeder der betreffenden Behörden.

**III. Zusammenarbeit zwischen den Gemeindeverwaltungen, dem Ausländeramt und dem Vormundschaftsdienst**

Wenn sich ein nicht visumpflichtiger UMA länger als drei Monate im Königreich aufhält oder wenn sich ein visumpflichtiger UMA länger im Königreich aufhält als die Dauer, die auf dem Visum oder der gleichwertigen Erlaubnis, das/die in seinem Pass oder seinem gleichwertigen Reiseschein angebracht ist, angegeben ist - es sei denn die Ankunftserklärung, die er erhalten hat, wurde verlängert -, und die Dauer dieses Visums oder dieser Ankunftserklärung abgelaufen ist, werden in Anwendung von Artikel 6 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern die Gemeindeverwaltungen aufgefordert, vom Polizeidienst eine Untersuchung des tatsächlichen Wohnortes durchführen zu lassen, um zu überprüfen, ob der UMA sich noch auf dem Staatsgebiet aufhält. Wenn aus der Überprüfung hervorgeht, dass der UMA tatsächlich noch an der angegebenen Adresse wohnt, muss der Polizeidienst die Karte «Unbegleiteter minderjähriger Ausländer» ausfüllen, die durch das Rundschreiben vom 23. April 2004 über die Karte «Unbegleiteter minderjähriger Ausländer» eingeführt worden ist.

Diese Karte muss dem Vormundschaftsdienst und dem Ausländeramt sofort übermittelt werden. Eine Kopie der Identitätsdokumente und/oder der Aufenthaltsdokumente muss ebenfalls zusammen mit dieser Karte übermittelt werden.

Ab dem 1. Mai 2004 übernimmt der Vormundschaftsdienst die Obhut über jeden UMA, dessen Anwesenheit ihm zur Kenntnis gebracht worden ist. Diese Übernahme beinhaltet, dass dieser Dienst beauftragt wird:

- a) mit der Identifizierung des UMA, der Überprüfung seines Alter und der Kontrolle, ob er ein UMA ist, wie in Nr. I definiert,
- b) mit der Bestellung eines Vormundes, wenn die Person minderjährig ist,
- c) mit der Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden im Hinblick auf die Unterbringung des UMA während der Dauer der Ausführung der in den Buchstaben a) und b) angegebenen Aufgaben.

Die Unterbringung des Minderjährigen erfolgt unter Berücksichtigung der Gesetzesbestimmungen über die Einreise ins Staatsgebiet.

Das Ausländeramt bleibt folglich für Entscheidungen über die Einreise ins Staatsgebiet und den Aufenthalt des UMA zuständig.

**IV. Notifizierungen der Beschlüsse des Ausländeramtes**

In Anwendung von Artikel 16 von Titel XIII Kapitel 6 - «Vormundschaft über unbegleitete minderjährige Ausländer» - des Programmgesetzes vom 24. Dezember 2002 wird die Gemeindeverwaltung gebeten, dem Vormund den in Anwendung des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 gefassten Beschluss des Ausländeramtes zu notifizieren und zusammen mit dieser Notifizierung an den Vormund eine Abschrift an den Wohnort des Minderjährigen und an den Vormundschaftsdienst zu übermitteln.

Das Ausländeramt unterrichtet den Vormund darüber, dass er sich zur Gemeindeverwaltung des Hauptwohnortes des Minderjährigen begeben muss, damit ihm der in Bezug auf sein Mündel gefasste Beschluss notifiziert werden kann.

## V. Praktische Bestimmungen

Alle Auskünfte über die Notifizierung der Beschlüsse des Ausländeramts können beim Dienst CTL (Kontrolle der Gemeinden) des Ausländeramtes erfragt werden:

Tel.: 02-206.16.21 (NL) oder 02-206.16.23 (FR)

Fax: 02-274.66.59

Wenn eine Karte «Unbegleiteter minderjähriger Ausländer» vom Polizeidienst ausgefüllt wird, wird diese Karte dem Ausländeramt übermittelt:

a) während der Dienstzeiten (bis 17.00 Uhr)

Büro C:

Tel.: 02-206.15.95

Fax: 02-274.66.13

b) außerhalb der Dienstzeiten (ab 17.00 Uhr) und an Wochenenden und Feiertagen

Bereitschaftsdienst:

Tel.: 02-206.13.77

Fax: 02-274.66.10

Brüssel, den 30. April 2004

Der Minister des Innern  
P. DEWAELE

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

## Administratie van het kadaster, registratie en domeinen

*Bekendmakingen voorgeschreven bij artikel 770  
van het Burgerlijk Wetboek*

[2004/54198]

## Erfloze nalatenschap van Weeremans, Isabella

Isabella Weeremans, weduwe van Josephus Aloysius Chevalier, geboren te Merksem op 1 september 1911, wonende te Antwerpen (district Merksem), Kroonplein 2, is overleden te Antwerpen (district Deurne) op 10 juni 2002, zonder bekende erfopvolger na te laten.

Alvorens te beslissen over de vraag van de Administratie van de BTW, registratie en domeinen, namens de Staat, tot inbezitstelling van de nalatenschap, heeft de rechtbank van eerste aanleg van Antwerpen, bij vonnis van 25 mei 2004, de bekendmakingen en aanplakkingen voorgeschreven bij artikel 770 van het Burgerlijk Wetboek bevolen.

Antwerpen, 9 juni 2004.

Voor de gewestelijke directeur der registratie, de directeur a.i.  
C. Windey.

(54198)

## SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

## Administration du cadastre, de l'enregistrement et des domaines

*Publications prescrites par l'article 770  
du Code civil*

[2004/54198]

## Succession en déshérence de Weeremans, Isabella

Isabella Weeremans, veuve de Josephus Aloysius Chevalier, née à Merksem le 1<sup>er</sup> septembre 1911, domiciliée à Anvers (district Merksem), Kroonplein 2, est décédée à Anvers (district Deurne) le 10 juin 2002, sans laisser de successeur connu.

Avant de statuer sur la demande de l'Administration de la T.V.A., de l'enregistrement et des domaines tendant à obtenir, au nom de l'Etat, l'envoi en possession de la succession, le tribunal de première instance à Anvers a, par jugement du 25 mai 2004, ordonné les publications et affiches prescrites par l'article 770 du Code civil.

Anvers, le 9 juin 2004.

Pour le directeur régional de l'enregistrement, le directeur a.i.  
C. Windey.

(54198)

[2004/54212]

## Erfloze nalatenschap van Fontana, Georges

De heer Fontana, Georges Auguste Pierre Maria, geboren te Schaarbeek op 28 juli 1913, weduwnaar van Mevr. Duculot, Suzanne Emma Joséphe Emilie, wonende te Maissin (Paliseul), avenue J.-F. Kennedy 20, is overleden te Sainte-Ode op 23 april 1999, zonder bekende erfopvolger na te laten.

Alvorens te beslissen over de vraag van de gewestelijke directeur der registratie te Aarlen, namens de Staat, tot inbezitstelling van de nalatenschap, heeft de rechtbank van eerste aanleg van Neufchâteau, bij beschikking van 1 september 2004, de bekendmakingen en aanplakkingen voorzien bij artikel 770 van het Burgerlijk Wetboek bevolen.

Aarlen, 8 september 2004.

De gewestelijke directeur der registratie, a.i.,  
F. Thonus.

(54212)

[2004/54212]

## Succession en déshérence de Fontana, Georges

M. Fontana, Georges Auguste Pierre Marie, né à Schaarbeek le 28 juillet 1913, veuf de Mme Duculot, Suzanne Emma Joséphe Emilie, domicilié à Maissin (Paliseul), avenue J.-F. Kennedy 20, est décédé à Sainte-Ode le 23 avril 1999, sans laisser d'héritier connu.

Avant de statuer sur la demande du directeur régional de l'enregistrement d'Aarlen, tendant à obtenir, au nom de l'Etat, l'envoi en possession de la succession, le tribunal de première instance de Neufchâteau a, par ordonnance du 1<sup>er</sup> septembre 2004, prescrit les publications et affiches prévues par l'article 770 du Code civil.

Aarlen, le 8 septembre 2004.

Le directeur régional de l'enregistrement, a.i.,  
F. Thonus.

(54212)